



Amt der Wiener Landesregierung

Dienststelle: Magistratsdirektion
Geschäftsbereich Recht
Verfassungsdienst und
EU-Angelegenheiten

Adresse: 1082 Wien, Rathaus
Telefon: 4000-82318
Telefax: 4000-99-82310
e-mail: post@md-v.wien.gv.at
DVR: 0000191

MD-VD - 770/10

Wien, 28. Juni 2010

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Einkommensteuergesetz 1988, das
Körperschaftsteuergesetz 1988, die Bun-
desabgabenordnung, das Abgabenver-
waltungsorganisationsgesetz 2010, das
EU-Polizeikooperationsgesetz und das
Bankwesengesetz geändert werden
(Betrugsbekämpfungsgesetz 2010 -
BBKG 2010);
Begutachtung;
Stellungnahme

zu BMF-010000/0018-VI/A/2010

An das

Bundesministerium für Finanzen

Zu dem mit Schreiben vom 15. Juni 2010 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes
wird nach Anhörung des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien wie folgt Stellung
genommen:

Zu Art. 1 Z 8 (Änderung des Einkommensteuergesetzes 1988, § 109B EStG 1988):

Die im Gesetzesentwurf vorgesehene Meldepflicht gemäß § 109b EStG 1988 würde bei den betroffenen Unternehmen und Körperschaften öffentlichen Rechts einen hohen Verwaltungsmehraufwand verursachen, der in keiner Relation zu etwaigen Steuer-mehreinnahmen steht. Dies gilt umso mehr, weil auf Grund von Doppelbesteuerungs-abkommen in den meisten Fällen diese Einkünfte ohnehin nicht in Österreich besteuert werden können.

Es wird daher der ersatzlose Entfall von Art. 1 Z 8 des gegenständlichen Gesetzesent-wurfs angeregt.

Für den Landesamtsdirektor:

Mag. Jürgen Fischer

Mag. Andrea Mader
Senatsrätin

Ergeht an:

1. Präsidium des Nationalrates
2. alle Ämter der Landes-regierungen
3. Verbindungsstelle der Bundesländer
4. MA 5
(zu MA 5 - 3794/10)
mit dem Ersuchen um Weiter-leitung an die einbezogenen Dienststellen